

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Ausschusses für
Schule und Gebäudewirtschaft
21.11.2023

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich)

5

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
21.12.2023
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 8-10
Schriftführung
Katrín Klaes
Telefon-Nr.
02202-141220

Niederschrift

Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft
Sitzung am Dienstag, 21.11.2023

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:22 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe Niederschrift zu TOP Ö1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 05.09.2023 und am 13.09.2023 - öffentlicher Teil**
- 3 **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 **Maßnahmenbeschluss zur Anschaffung von aktiven Netzwerkkomponenten für vier Schulen in Bergisch Gladbach**
0637/2023
- 6 **Maßnahmenbeschluss zur Anschaffung von Digitalen Tafeln für 5 Schulen in**

Bergisch Gladbach
0639/2023

- 7** **Maßnahmenbeschluss zur Anschaffung von aktiven Netzwerkkomponenten für das neu einzurichtende Rechenzentrum der IT-Schulverwaltung in Bergisch Gladbach**
0640/2023
- 8** **Bauzeitenverzögerung Neubau GGS Bensberg**
0650/2023
- 9** **Mitteilungen der Schulleitungen**
- 10** **Anträge der Fraktionen**
- 10.1** **Antrag der CDU-Fraktion vom 30.10.2023: "Raumbedarf der Gymnasien in Bergisch Gladbach sicherstellen"**
0645/2023
- 11** **Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 11.1** **Anfrage der FWG-Fraktion vom 30.10.2023: zum Modellvorhaben "Narwali"**
0660/2023

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Steinmetzer eröffnet um 17:00 Uhr die 13. Sitzung des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft in der X. Wahlperiode. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen worden sowie beschlussfähig sei.

Bei der Sitzung anwesend sind die Ausschussmitglieder

Hermann-Josef Wagner (für Ulrich Gürster) ab 17:18 Uhr

Robert Kraus

Helga Kivilip

Brigitta Opiela

Fabrice Ambrosini ab 17:10 Uhr

Josef Willnecker

Dr. Anna Steinmetzer

Peter van Loon (für Anna-Maria Scheerer)

Rainer Dettmar

Collin Eschbach ab 17:07 Uhr

Anke Außendorf

Monika Lindberg-Bargsten

Andreas Ebert ab 17:09 Uhr

Berit Winkels

Willy Bartz

Jürgen Niemann

Fabian Schütz (für Iro Herrmann)

Christian Maimer

Felix Bertenrath (für Angelika Wollny)

Florian Lambertz

Jörg Schmitter (für Ulrich Heimann)

sowie aus der Verwaltung

Thore Eggert

Barbara Kirschner

Alexandra Meuthen

Mike Helmut Hoffmann

Ariane Henning

Arne Schlösser

Katrin Klaes

und von der Schulbau GmbH

Sebastian Rolko.

Frau Lawrenz und Frau Kaul (Inklusionsbeirat) sowie Frau Bahr-Müller hätten sich entschuldigt.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Frau Dr. Steinmetzer die Einladung vom 02.11.2023 einschließlich der dazugehörigen Vorlagen sowie die in der Papierversion nachträglich am 06.11.2023 versandte Vorlage Nr. 0660/2023.

2. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 05.09.2023 und am 13.09.2023 - öffentlicher Teil

Da keine Einwendungen erhoben werden, gelten die Niederschriften als genehmigt.

3. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Keine.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Eggert bezieht sich auf einen Brief der Schulpflegschaften zur Raumsituation an Schulen in Bergisch Gladbach, aus dem der Wunsch nach stärkerer Kommunikation hervorgehe, und erläutert, die Kommunikation der Verwaltung erfolge üblicherweise mit den Schulen und durch diese an die Schulpflegschaften. Er schlägt die Gründung einer Stadtschulpflegschaft vor, die sich ab dem nächsten Jahr zweimal jährlich mit der Verwaltung bespreche und so die gewünschten Informationen erhalte.

Er führt aus, die Erstellung von Steckbriefen der einzelnen Schulen habe begonnen und derzeit würden dazu Gespräche mit den Schulen geführt. Im Anschluss solle eine Priorisierung vorgenommen werden, um die erforderlichen Maßnahmen in einer sinnvollen Reihenfolge angehen zu können. Dabei sei ein wesentliches Ziel, die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten und Schulschließungen zu vermeiden.

Er erläutert, die Errichtung des Skateparks werde weder personelle Kapazitäten noch finanzielle Mittel vom Schulbau abziehen. Vielmehr habe die Schulbau GmbH derzeit noch gerade so viel Kapazität, um den Skatepark zu gestalten. Zum Jahresanfang habe die Schulbau GmbH zwei weitere Mitarbeitende gewinnen können und könne dann auch weitere Projekte angehen.

Frau Kirschner teilt mit, die Nelson-Mandela-Gesamtschule habe den Deutschen Schulpreis errungen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungen zur Kenntnis.

5. Maßnahmenbeschluss zur Anschaffung von aktiven Netzwerkkomponenten für vier Schulen in Bergisch Gladbach 0637/2023

Frau Henning erläutert, die Förderung des DigitalPakts sei in der Vorlage versehentlich mit 80 % angegeben; tatsächlich betrage sie jedoch 90 % und so ergebe sich ein Ertrag von 168.945 EURO.

Herr Bartz führt aus, nach Informationen aus dem Schulportal seien bereits 90 % der landesweiten Mittel des DigitalPakts verausgabt worden. Er fragt, ob dennoch die Möglichkeit bestehe, Fördermittel zu erhalten, oder die Stadt Gefahr laufe, leer auszugehen.

Frau Henning antwortet, mit den erhaltenen Förderbescheiden seien Mittel für die Stadt reserviert.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Anschaffung von aktiven Netzwerkkomponenten für die Johannes-Gutenberg-Realschule, die Nelson Mandela Gesamtschule, das Schulzentrum Herkenrath in Höhe von 187.717,00 EURO geschätzter Bruttokosten wird als Maßnahme beschlossen.

6. Maßnahmenbeschluss zur Anschaffung von Digitalen Tafeln für 5 Schulen in Bergisch Gladbach 0639/2023

Frau Henning erläutert, auch hier betrage die Förderung 90 % und der Ertrag somit 2.658.222 EURO, sofern alle Fördermittel abgerufen werden könnten. Im einzelnen werde das AMG 33 Tafeln, die NMG 55, das Schulzentrum Herkenrath 75, die JGR 31 und die IGP 98 Tafeln erhalten. Am AMG sei das Abrufen der Fördermittel noch ungewiss: Der DigitalPakt sehe als Voraussetzung

für die Förderfähigkeit der digitalen Tafeln ein flächendeckendes WLAN vor, das dort auf Grund der stromtechnischen Gegebenheiten jedoch nicht verkabelt werden könne. Derzeit werde nach alternativen Lösungen gesucht, um für die Tafeln dennoch eine Förderung zu erhalten. An der IGP werde die Stadt aus ähnlichen Gründen voraussichtlich keine Fördermittel erhalten.

Herr Dettmar erkundigt sich nach der Planung für das AMG.

Frau Meuthen antwortet, das am AMG eingebaute Leitungssystem entspreche nicht dem heutigen Standard und dürfe nicht erweitert werden. Für die Herstellung von WLAN sei jedoch eine Erweiterung erforderlich, sodass die Digitalisierung dort nicht wie vorgesehen erfolgen könne.

Herr Kraus zeigt sich erfreut über dieses Maßnahmenbündel. Daraus würden sich in rund acht Jahren Ersatzinvestitionen in ähnlicher Höhe ergeben, bei denen das Land abermals hinsichtlich einer Förderung gefragt sei. Die Kosten für eine einzelne Tafel hätten ihn überrascht. Er fragt nach dem Hersteller und der Ausstattung und möchte wissen, ob die Tafeln dem aktuellen Standard entsprächen.

Herr Eggert bittet, diese Frage im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Anschaffung von digitalen Tafeln für die Johannes-Gutenberg-Realschule, das Albertus Magnus Gymnasium, die Nelson Mandela Gesamtschule, das Schulzentrum Herkenrath sowie die Integrierte Gesamtschule Paffrath in Höhe von 2.953.580,00 EURO geschätzter Bruttokosten wird als Maßnahme beschlossen.

7. **Maßnahmenbeschluss zur Anschaffung von aktiven Netzwerkkomponenten für das neu einzurichtende Rechenzentrum der IT-Schulverwaltung in Bergisch Gladbach**
0640/2023

Herr Niemann erkundigt sich nach der Ausgestaltung des Rechenzentrums und möchte wissen, ob es ein eigener und klimatisierter Raum mit separater und redundanter Stromversorgung sei.

Herr Schlösser antwortet, es sei ein eigener Raum, der gerade umgebaut werde. Dabei bemühe man sich, alle Standards einzuhalten und Redundanzen herzustellen. Eine Klimatisierung sei auf Grund der räumlichen Gegebenheiten nicht vorgesehen.

Herr Kraus fragt, ob die IT-Schulverwaltung damit von der städtischen IT unabhängig sei und die Sicherheit der Schulen erhöht werde.

Herr Schlösser antwortet, die IT-Schulverwaltung sei bereits jetzt unabhängig von der städtischen IT und sowohl die IT-Schulverwaltung wie auch die Schulen würden mit dem bevorstehenden Schritt noch sicherere Verbindungen erhalten.

Herr Niemann befürwortet grundsätzlich die Maßnahme. Er fragt, ob den Beteiligten die Relevanz der IT-Sicherheit in diesem sensiblen Bereich bewusst sei. Nach seiner Auffassung gehöre dazu auch die Klimatisierung. Er möchte wissen, ob die Standards des Bundesamts für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bekannt seien und ein Sicherheitskonzept vorliege. Demnach zweifle er – gerade vor dem Hintergrund des jüngsten Vorfalles bei der Südwestfalen IT – an der Sicherheit der IT-Schulverwaltung, sofern keine Klimatisierung vorgesehen werde.

Herr Eggert erwidert, die rechtlichen Grundlagen seien selbstverständlich bekannt, und der Grundschutz nach dem BSI werde gewahrt und die IT-Schulverwaltung unter Berücksichtigung der räumlichen Gegebenheiten sicher gestaltet werden. Bei Bedarf würden die Sicherheitsvorkehrungen zu einem späteren Zeitpunkt erweitert werden.

Herr Dettmar erkundigt sich, ob die Verwaltung an eine Nutzung der im Rechenzentrum entstehenden Wärme gedacht habe.

Her Schlösser antwortet, es handle sich um einen sehr großen Raum, sodass eine Klimaanlage nicht erforderlich sei. Die entstehende Abwärme sei zu gering, um einer wirtschaftlichen Verwendung zugeführt zu werden.

Herr Ebert begrüßt, dass nun an einer systematischen Schuldigitalisierung einschließlich eines eigenen Rechenzentrums gearbeitet werde.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Anschaffung und Einrichtung von aktiven Netzwerkkomponenten für das neue Rechenzentrum der IT-Schulverwaltung in Bergisch Gladbach in Höhe von ca. 422.342,90 EURO geschätzter Bruttokosten wird als Maßnahme beschlossen.

8. Bauzeitenverzögerung Neubau GGS Bensberg *0650/2023*

Herr Bartz fragt, aus welchem Grund eine Abstimmung mit dem Nachbarn nicht habe stattfinden können, wie in der Vorlage erwähnt.

Frau Meuthen antwortet, die Abstimmung mit dem Nachbarn zur Teilnutzung seines Grundstücks sei zwischenzeitlich – allerdings nach Drucklegung der Einladung – erfolgt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Mitteilungen der Schulleitungen

Herr Bertenrath berichtet, Herr Eggert habe jüngst an der Schulleitungsrunde teilgenommen, um die schulischen Haushalte zu besprechen, und es sei zu einem guten Austausch gekommen.

Am Gymnasium Herkenrath scheine die Situation als Bündelungsgymnasium weiterhin unbefriedigend zu sein.

Die Steckbriefe würden den Schulen derzeit allmählich übergeben, und diese seien froh darüber, dass der Prozess voranschreite. Er fragt nach dem weiteren Vorgehen, wenn dem Fachbereich 8 die Ergänzungen der Schulen vorlägen.

Frau Meuthen antwortet, es sei beabsichtigt, sämtliche Steckbriefe noch in diesem Jahr an die Schulen zu geben. Der nächste Schritt bestehe in einer Besprechung mit allen Schulen im nächsten Jahr, um gemeinsam die Priorisierung vorzunehmen, die dann der Politik vorgestellt werden werde.

Bezüglich des Gymnasiums Herkenrath könne sie – auch auf Grund jüngst erfolgter Besuche durch Frau Kirschner und sie – keinen Mangel an Information erkennen; allerdings könne nicht alles sogleich umgesetzt werden.

Herr Kraus zeigt sich verwundert über die beabsichtigte Priorisierungsliste, da bereits vor wenigen Jahren eine Priorisierung im Bereich der weiterführenden und der Grundschulen erfolgt sei.

Frau Meuthen erläutert, der angesprochene Integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplan (ISEP) stelle lediglich einen Bedarfsplan dar, berücksichtige jedoch nicht den baulichen Zustand der Schulen. Zudem behandle der ISEP lediglich die Grundschulen, während nun eine Gesamtbetrachtung der weiterführenden und der Grundschulen erforderlich sei.

Herr Eggert ergänzt, mit der beabsichtigten und durch den Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft zu beschließenden Priorisierungsliste werde die Verwaltung einen verbindlichen Arbeitsplan erhalten und nur auf Grund dringender Gegebenheiten – insbesondere aus baulichen Gründen - davon abweichen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungen zur Kenntnis.

10. Anträge der Fraktionen

10.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 30.10.2023: "Raumbedarf der Gymnasien in Bergisch Gladbach sicherstellen" 0645/2023

Frau Kivilip befürchtet, der Prozess der Priorisierung und Umsetzung der Schulbaumaßnahmen werde sehr viel Zeit in Anspruch nehmen und der erforderliche Schulraum nicht rechtzeitig bereitgestellt werden können. Sofern dieses Problem in der anstehenden Gesamtpriorisierung berücksichtigt und die Unterbringung des zusätzlichen Jahrgangs gewährleistet werde, sei sie damit einverstanden.

Herr Eggert antwortet, diese Thematik werde in der Gesamtpriorisierung berücksichtigt werden und die Verwaltung habe großes Interesse daran, dem Ausschuss die Liste zur Februar-Sitzung vorzulegen und eine verbindliche Planung zu erhalten.

Herr Ebert sieht den Antrag insofern positiv, als er ein Problem benenne und eine Lösung vorschlage. Dabei lasse er jedoch alle weiteren Probleme außer Acht. Er bezeichne das Vorhaben der Verwaltung, eine Gesamtschau aller Schulen unter simultaner Berücksichtigung der Bedarfe und des baulichen Zustands vorzunehmen, als sinnvoll. Daraufhin sei die Politik aufgefordert, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Sofern die Aspekte des Antrags in den Priorisierungsprozess einfließen sollten und dieser nicht als eigenständiger Arbeitsauftrag zu verstehen sei, könne er ihn mittragen.

Frau Meuthen betont die Sinnhaftigkeit einer Gesamtschau. Nur so könnten eine ständige Flickschusterei und kleinteilige Maßnahmen als Reaktion auf kurzfristig entstandene Probleme beendet werden. Diese werde in der ersten oder spätestens der zweiten Sitzung des nächsten Jahres vorgelegt werden.

Frau Kirschner ergänzt, neben dem zusätzlichen Jahrgang durch die Umstellung der Gymnasien auf „G9“ sei beispielsweise auch der künftig entstehende Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz in der OGS zu berücksichtigen und entsprechender Raum zu schaffen. Deshalb sei eine Gesamtpriorisierung unerlässlich.

Frau Außendorf fragt, wie nun mit dem Antrag umzugehen sei und ob er sich durch die Berücksichtigung der darin genannten Aspekte in der Gesamtpriorisierung erledigt habe.

Frau Kivilip schlägt vor, den Antrag um folgenden letzten Satz zu ergänzen: „Die Aspekte dieses Antrags können im Rahmen der Gesamtprioritätenliste berücksichtigt werden.“

Herr Kraus und Frau Meuthen stimmen dahingehend überein, dass ein konkreter Bauzeitenplan zum jetzigen Zeitpunkt nicht erstellt werden könne und aus dem Antrag entfernt werden solle.

Herr Ebert stellt den Änderungsantrag, dass über den Antrag nicht beschlossen und die Inhalte im Priorisierungsprozess berücksichtigt werden sollten.

Frau Dr. Steinmetzer äußert ihren Eindruck, die einzelnen Positionen divergierten nicht stark. Sie schlägt eine Sitzungsunterbrechung vor, um einen Kompromissvorschlag zu finden, in dem der Bauzeitenplan nicht enthalten sein solle. Vielmehr sollten die im Antrag genannten Aspekte in der Gesamtpriorisierung berücksichtigt werden, die in der ersten oder spätestens der zweiten Sitzung

des nächsten Jahres vorgelegt werden solle. Da darüber Einvernehmen besteht, unterbricht sie die Sitzung um 17:55 Uhr für zehn Minuten.

Herr Eggert schlägt den folgenden Kompromiss zum Beschluss vor: „Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens zur zweiten Sitzung des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft im Jahr 2024 konkrete Maßnahmen innerhalb der durch die Stadt vorzulegenden Gesamtpriorisierung zu benennen, die sicherstellen, dass in den Gymnasien in Bergisch Gladbach zum Schuljahr 2026/27 durch geeignete organisatorische oder bauliche Maßnahmen ausreichend Räume für den zusätzlichen Jahrgang zur Verfügung stehen.“

Es besteht Einvernehmen, dass über diesen Beschlussvorschlag abgestimmt werden soll.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden – im Vergleich mit dem beantragten Vorschlag - geänderten Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens zur zweiten Sitzung des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft im Jahr 2024 konkrete Maßnahmen innerhalb der durch die Stadt vorzulegenden Gesamtpriorisierung zu benennen, die sicherstellen, dass in den Gymnasien in Bergisch Gladbach zum Schuljahr 2026/27 durch geeignete organisatorische oder bauliche Maßnahmen ausreichend Räume für den zusätzlichen Jahrgang zur Verfügung stehen.“

11. Anfragen der Ausschussmitglieder

11.1. Anfrage der FWG-Fraktion vom 30.10.2023: zum Modellvorhaben "Narwali" 0660/2023

Frau Kirschner erläutert zur Anfrage, gleich nach Bekanntwerden des Modellvorhabens habe die Verwaltung einen Interessenbekundungsantrag gestellt und diverse Terminwünsche geäußert. Spätestens zu Beginn des neuen Jahres werde die Antwort erwartet, wann Schwimmunterricht nach dem Modellvorhaben gewährt werden könne.

Herr Maimer bedankt sich für die Geschwindigkeit, in der die Verwaltung dieses Thema bearbeitet habe.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Anfrage sowie die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Kraus erkundigt sich nach dem Zusammenspiel der unter TOP 10.1 erwähnten Gesamtpriorisierungsliste mit dem ISEP und möchte wissen, ob dieser noch weiter verfolgt werde.

Frau Meuthen antwortet, der ISEP bestehe zum einen aus einer Bedarfsanmeldung, die selbstverständlich weiterhin Bestand habe, und zum anderen aus einem Raumprogramm, das den aktuellen und noch anstehenden Maßnahmen zugrunde gelegt werde und auch insofern weiterhin bestehe.

Frau Henning ergänzt, aus Sicht der Schulverwaltung habe sich auch an der im ISEP vorgenommenen Priorisierung nichts geändert.

Frau Opiela führt die unbefriedigende Situation der Grundschule an der Wittenbergstraße an, die bereits seit fünf Jahren zwei Klassen an einen rund 500 Meter entfernt gelegenen Standort ausgelagert habe und diesen als Interim angekündigten Zustand schnellstmöglich beenden müsse.

Herr Eschbach berichtet von diversen Einbrüchen in weiterführenden und Grundschulen und fragt, ob dort lediglich unter Inanspruchnahme der Versicherung repariert werden solle oder ob zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen ergriffen werden sollten.

Frau Meuthen antwortet, derzeit gebe es keine Bestrebungen für weitere Sicherheitsmaßnahmen.

Herr Lambertz ergänzt, an seiner eigenen Schule seien seit der Installation einer Alarmanlage keine Einbrüche mehr zu verzeichnen.

Herr Niemann zeigt sich verwundert über die Ausführungen und fragt, ob eine Alarmanlage nicht zum Standard an Schulen gehöre.

Frau Meuthen erläutert, die Situation an den einzelnen Schulen sei diesbezüglich sehr unterschiedlich, und nicht jede Schule verfüge über eine Einbruchmeldeanlage. Eine solche bedinge immer, dass jemand – beispielsweise ein Sicherheitsunternehmen - sich in Rufbereitschaft befinde und die Schule im Bedarfsfall rasch erreichen könne. Derzeit gebe es jedoch noch keine derartigen Standards.

Herr Eschbach erkundigt sich nach den Anschlüssen für Wasser und Abwasser an der Sofortschule In der Auen, die nach seiner Information noch nicht funktionstüchtig seien.

Herr Rolko antwortet, die Situation sei in der Tat unbefriedigend. Es habe einigen Koordinationsaufwand mit dem Straßenbau sowie Personalausfälle im Tiefbau gegeben, doch im Lauf des Dezembers könnten die Anschlüsse in Betrieb genommen werden.

In Hebborn hingegen hätten die Anschlüsse bereits fertiggestellt werden können, und die Frischkochküche sowie die Außenanlagen befänden sich derzeit in Arbeit.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Anfragen sowie die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Dr. Steinmetzer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:18 Uhr.

gez. Dr. Anna Steinmetzer
Vorsitzende

gez. Katrin Klaes
Schriftführung

